Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 192. Mittwoch, 17. August 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wie wird es weitergehen?

Nach der aufgeregten Vorwoche mit ihrem dramatischen Schluß ist jetzt in den politischen Kreisen der Reichshauptstadt einige Ernüchterung eingetreten. Man besinnt sich darauf, daß nicht nur große politische Verhandlungen zu führen sind, sondern daß endlich nach einem Sommer, der ausschließlich der politischen Propaganda gegolten hat, die drängenden Wirtschaftsfragen aufgegriffen werden müssen. Da aber andererseits trotz aller Politik eine Klärung der politischen Verhältnisse nicht eingetreten ist, da man nicht absehen kann, welche Kräfte eine Reichs- und Staatsgewalt tragen könnten, die ein umfassendes sachliches Programm durchzuführen hätte, kommt man zwischen den vielseitigen Ressortbesprechungen sachlicher Art doch wieder zu dieser politischen Frage. So dreht man sich im Kreise.

Papen hat keine Mehrheit. Selbst wenn Herr v. Papen auf irgend eine Weise bessere Beziehungen zum Zentrum herstellen könnte, wäre keine Mehrheit da. Eine Mehrheitsbildung zwischen Nationalsozialisten und Zentrum liegt vor der Hand auch im weiten Felde, weil das Zentrum sich kaum zutrauen kann, die Nationalsozialisten innerhalb einer Koalition zu bändigen, in der die Nationalsozialisten die Führung haben, nachdem der Reichspräsident mit Herrn von Schleicher diese Aufgabe nicht zu übernehmen wagte. Die Stellung des Kabinetts Papen wird auch noch geschwächt dadurch, daß von deutschnationaler Seite die wohlwollende Haltung gegenüber den Nationalsozialisten nicht aufgegeben wird, obwohl die Deutschnationalen die Haltung der Nationalsozialisten als Beleidigung empfinden.

Inzwischen erfährt man auch, wie Hitler sich eine Stabilisierung seiner Regierungsmacht gedacht hat, wenn er einmal zum Reichskanzler ernannt worden wäre. Hitler mußte damit rechnen, daß sich das Zentrum einer Zusammenarbeit mit ihm widersetzt hätte, wenn er dabei geblieben wäre, allein die wichtigsten staatlichen Machtpositionen zu besetzen. Hitler würde dann eine Mehrheit im Reichstag nicht gehabt haben, aber er hätte sich die Mehrheit ohne weiteres schaffen können durch ein Verbot der kommunistischen Partei bei gleichzeitigem Ausschluß der kommunistischen Reichstagsfraktion und der kommunistischen preußischen Landtagsfraktion aus dem Parlament. Auf diese Weise hätte Hitler legal mit Hilfe einer Parlamentsmehrheit regieren können. Er wollte die Deutschnationalen und die der heutigen Reichsregierung nahestehenden Kreise zunächst noch soweit wie eben möglich mit in die Regierungstätigkeit einbeziehen, um nicht die Unterstützung durch den Reichspräsidenten zu verlieren, aber er wollte unbedingt in der entschiedensten Weise eine parlamentarische Mehrheit für sich schaffen. Im Laufe der Zeit sollten dann die rechtsbürgerlichen Kreise mehr und mehr ausgeschaltet werden. Im Rahmen dieser Taktik liegt, daß Hitler bis zuletzt versucht hat, einem Konflikt mit dem Reichspräsidenten auszuweichen.

Nun gibt es für Hitler kein Zurück mehr. Er muß zu einer neuen Propagandatätigkeit ausholen, die in den nächsten Monaten den durchschlagenden Erfolg sicherstellen soll. Hitler will, wie wir zuverlässig erfahren, in den nächsten beiden Wochen bis zum Ende August seinen Leuten und seinen Führern eine Ruhepause geben, dann aber erneut mit aller Kraft vorstoßen. Mit dieser Politik stimmt auch ein Erlaß des Berliner SA.-Führers Graf Helldorf überein, der bis zum 28. August weitgehendst Urlaub für die SA.-Leute in Aussicht stellt, aber danach eine Urlaubssperre. Mit dem Zusammentritt des Reichstages soll die erhöhte Aktivität der Nationalsozialisten eintreten.

In welcher Richtung, mit welchen neuen Parolen wird die nationalsozialistische Bewegung Kraftreserven, an die sie noch glaubt, ausschöpfen? Die Nationalsozialisten rechnen damit, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Maßnahmen der Reichsregierung erfordern, die zwangsweise neues soziales Elend hervorrufen müssen. Die Nationalsozialisten wollen auch jetzt die Pläne der Reichsregierung auf Arbeitsbeschaffung als unsozial bekämpfen und wollen die angedeuteten Pläne der Reichsregierung auf Heraufsetzung des Wahlalters und auf Schaffung einer ersten Kammer im Reich als reaktionär hinstellen. Diese Pläne seien nur dazu bestimmt, das bisherige System notdürftig zu erhalten. Die Nationalsozialisten wollen Arbeitsdienstpflicht und Verfassungsreform durchaus nicht grundsätzlich ablehnen, im Gegenteil propagieren, aber in der Form, wie die Reichsregierung die Pläne verwirklichen will, wollen sie das Fehlen eines Zusammenhangs bei einer Politik neuer sozialer Ordnung nachweisen. Dazu rechnen die Nationalsozialisten nach Beendigung des Burgfriedens mit einer weiteren Verschärfung der Straßenkämpfe, und sie wollen dann in jedem einzelnen Fall den staatlichen Organen die Schuld eines nationalsozialistischen Verlustes zuschieben. Auf diese Weise rechnen sie mit einer solchen Verschärfung der Situation, daß Notwehrmaßnahmen ihrer Anhänger nicht mehr zu vermeiden seien. Hitler hat dieses bereits in einem Interview ausgeführt, das er der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gegeben hat. Er sagte da: „Es gibt ein Recht der Notwehr, das wir uns auf die Dauer nicht abschwätzen lassen durch die dummen Phrasen von „Ruhe und Ordnung". Die nationalsozialistische Bewegung hat legal bis auf das äußerste gekämpft. Das Abschlachten nimmt aber ein Ende, wenn ich mich gezwungen fühle, den Parteigenossen ein Notwehrrecht zu befehlen, das die roten Tischekamethoden dann wohl blitzschnell beseitigen wird."

Hitler rechnet damit, daß, wenn es hierzu kommt, die Reichsregierung soweit geschwächt ist, daß sie nicht mehr gegen die nationalsozialistische Bewegung auftreten kann.

Wir beschränken uns darauf, die Richtung der nationalsozialistischen Pläne anzugeben. Jedenfalls geht daraus hervor, daß die Auffassung, mit dem Konflikt zwischen Hindenburg und Hitler seien die Nationalsozialisten endlich von der Regierungsgewalt ferngehalten, verfrüht ist. Die Nationalsozialisten rechnen damit, daß die Regierung Papen—Schleicher sich ihnen gegenüber genau so abnutzt, wie es die Regierung Brüning getan hat, und daß, wenn das Kabinett Papen—Schleicher in diesem Zusammenhang gestürzt wird, keine andere Möglichkeit mehr besteht, als ihnen die Staatsgewalt allein zu überantworten.

Parlamentarischer Auftakt im neuen Reichstag.

vdz. Berlin. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, werden **noch in dieser Woche die parlamentarischen Arbeiten des neuen Reichstags aufgenommen.** So hat die Sozialdemokratische Fraktion für Freitag, den 19. August, vormittags, ihre erste Fraktionssitzung anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage, sowie die Beratung der im Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe, über deren wesentlichen Inhalt wir bereits berichtet haben.

Am Sonnabend, den 20. August, findet eine Fraktionsführerbesprechung aller Fraktionen statt. Hierbei handelt es sich um die Beschlußfassung über die notwendigen technischen Umorganisationen im Reichstagsgebäude, die sich aus der völlig veränderten Stärke der einzelnen Fraktionen ergeben. Insbesondere wird dabei die Verteilung der Plätze im Plenarsitzungssaal und die der Arbeitsräume eine Rolle spielen.

Der Termin für die erste Plenarsitzung des neuen Reichstags ist amtlich noch nicht bekanntgegeben. Bisher ist man der Ansicht, daß es beim 30. August bleiben wird.

*

Eine scharfe Erwiderung der DNVP.

* Berlin. Unter der **Ueberschrift „Ritterlich?"** veröffentlicht die **Deutschnationale Volkspartei** folgende Erklärung:

„Der Reichspräsident hat die jetzige Reichsregierung ohne Fühlungnahme mit den Parteien und ohne deren Mitwirkung gebildet. Ebenso ist bekannt und steht fest, daß er bei seinem Entschluß, Herrn Hitler nicht die Machtvollkommenheiten eines Mussolini zuzuerkennen, die Herr Hitler bei seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten verlangt hat, von niemandem beraten oder beeinflußt worden ist. Trotzdem bringt es der „Angriff", für den Herr Dr. Goebbels verantwortlich zeichnet, in seiner Nummer 184 vom 15. August fertig, den Entschluß des Reichspräsidenten, den er bei seinem Alter gnädig „nicht verantwortlich machen will", auf eine Einbläserei „gewissenloser Intriganten aus dem Hugenberglager zurückzuführen". Die Erklärung zitiert die entsprechenden Stellen aus dem „Angriff" wörtlich und fährt fort: „Politischer Anstand und politisches Ehrlichkeitsgefühl sollten eine Kampfesweise, wie sie dem glorreichen System von 1918 eigen ist, auch dann unmöglich machen, wenn die Wut über eine politische Schlappe die Feder führt. Ein natürliches Gefühl der Selbstachtung verhindert uns, auf diese Explosion parteipolitischen Hasses, der eine nationale Schande ist, einzugehen. Die Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, „die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterland und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben", scheint für Teile der NSDAP. nur zu berechtigt zu sein."

*

Ein zweifaches Dementi der NSDAP.

* München. Die **Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP.** teilt mit: „Die Behauptung, Adolf Hitler habe ein Versprechen abgegeben, die Regierung von Papen nach den Wahlen zu tolerieren und nun dieses Versprechen nicht gehalten, ist unwahr. Ebenso unwahr ist die bereits wiederholt zurückgewiesene Behauptung, der Führer der NSDAP. habe bei den Regierungsverhandlungen in Berlin nicht nur die Führung der Reichsregierung, sondern die Uebergabe der gesamten Regierungsgewalt in vollem Umfange gefordert."

*

Urlaubssperre für Berliner SA. ab 28. August.

vdz. Berlin. Der **„Angriff"**, das Berliner Organ der NSDAP., veröffentlichte am Dienstag einen **Gruppenbefehl** des Führers der Gruppe Berlin-Brandenburg an die SA. Zur politischen Lage wird darin gesagt, daß die innerpolitische Entscheidung für kurze Zeit hinausgeschoben worden sei. Unter Hinweis auf die Ungeduld, die deshalb vielleicht entstehe, betont der Gruppenführer, daß die SA. nur dazu geschaffen sei, die Politik des Führers zu unterstützen. Eigene politische Wünsche hätten zurückzustehen. „An der großen revolutionären Aufgabe", so sagt der Befehl weiter, „die Ihr zu erfüllen haben werdet, hat sich nichts geändert. Lediglich der Zeitpunkt ist verschoben worden, und ich nehme an, daß bereits in den nächsten Wochen die politischen Voraussetzungen für die Machtübernahme durch die NSDAP. geschaffen sein werden. . ."

In seinem zweiten Teil spricht der Befehl aus, daß bis zum 28. ds. Mts. der SA. weitgehendst Urlaub zu gewähren sei, daß aber **ab 28. August Urlaubssperre** eintrete.

*

Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags

hielt am Dienstag eine Sitzung ab, über die von der Fraktion folgender Bericht ausgegeben wird:

„Der Fraktionsvorsitzende erstattete einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Einstimmig wurde zugestimmt, daß **die Reichsregierung unterstützt werden müsse**, wenn sie jetzt im Reich und in Preußen nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems und, nachdem sich die NSDAP. der Mitarbeit versagt hat, als wirkliches Präsidialkabinett unabhängig von den Parlamenten regieren will. Die deutschnationale Landtagsfraktion erwartet, daß in Preußen durch den Reichskommissar ein ordnungsmäßiges, mit nationalen Fachleuten besetztes Kabinett ernannt wird. Sie erwartet weiter, daß die von der früheren preußischen Regierung lediglich aus parteipolitischen Beweggründen ernannten und beförderten Beamten weiter von ihren Aemtern beschleunigt entfernt und durch willensstarke nationale Männer ersetzt werden, damit die nach dreizehnjähriger schwarz-roter Mißwirtschaft notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Gesundungsmaßnahmen endlich durchgeführt werden können. Die Verordnung des Reichskommissars über die Zusammenlegung von Kreisen und Amtsgerichtsbezirken wurde einmütig als völlig verfehlt bezeichnet."

Amerika besteht auf der Kriegsschuldenzahlung im Dezember.

* Washington. **Hohe Beamte des Schatzamts erklärten, die Regierung der Vereinigten Staaten erwarte, daß die Schuldnerländer die am 15. Dezember d. J. fälligen Kriegsschuldenraten an Amerika bezahlen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei nicht in der Stimmung, weitere Anträge auf Zahlungsaufschub zu berücksichtigen. Sie erwarte daher, daß keine derartigen Anträge gestellt würden. Das Schatzamt lasse sich durch die große Stimmungsmache für eine Kriegsschuldenstreichung nicht beeinflussen. Die amerikanische Regierung sei davon unterrichtet, daß fast alle Schuldnerländer die nächste Jahreszahlung leisten können. Sollte jedoch trotzdem eine Schuldnernation Zahlungserleichterung beantragen, so würde der Antrag individuell geprüft werden. Durch eine solche Politik würde einer Einheitsfront von europäischen Schuldnern ein Hindernis entgegengesetzt. Die hohen Beamten betonten, daß die amerikanische Regierung sich schadlos halten würde, falls irgend ein Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllen sollte. Zum Schluß ihrer Ausführungen wiesen sie erneut auf die Spaltung im Kongreß hinsichtlich der Schuldenfrage und die Tatsache hin, daß ein Ausfall der Schuldenraten den Haushalt der Vereinigten Staaten über den Haufen werfen würde.**

Französisches Schnellboot gesunken.

22 Tote.

* Paris. **Ein Schnellboot der Compagnie Generale Aeropostale, das den Dienst zwischen Natal und Dakar versieht und am Sonnabend dort einlaufen sollte, ist nach einer hier eingetroffenen Meldung in einem heftigen Sturm untergegangen. Die Besatzung, die sich aus dem Kapitän und 21 Mann zusammensetzte, soll den Tod in den Wellen gefunden haben.**

*

Japanischer Dampfer nach Zusammenstoß gesunken.

19 Tote.

* Tokio. Die beiden japanischen Dampfer „Nichifuku Maru" und „Hide Maru" stießen in der japanischen Inlandssee in dichtem Nebel zusammen. **Die „Nichifuku Maru" sank sofort. 19 Menschen ertranken;** die übrigen wurden von der „Hide Maru" gerettet, die mit einer leichten Beschädigung des Bug davonkam.

Eine Verschwörung gegen japanische Minister aufgedeckt.

* Tokio. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat die Polizei am 13. August eine **Verschwörung aufgedeckt**, die die **Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten**, des **Innenministers** und des **Finanzministers bezweckte.** Bisher sind 14 Personen verhaftet worden. Der Führer der Verschwörergruppe heißt Imamati. Zwischen ihm und den Mördern des Ministerpräsidenten Inukai soll eine Verbindung bestehen. Es soll festgestellt worden sein, daß die Verschwörer von einflußreichen japanischen Persönlichkeiten **Geld erhalten haben.**

SLUB
Wir führen Wissen.